

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 05 64



## Inhalt

Edelgard Bulmahn  
MdB zur Antwort der  
Bundesregierung auf  
die Große Anfrage der  
SPD "Stand und Per-  
spektiven der Frauen-  
forschung": Frauenfor-  
schung ohne Konzept.  
(Teil I)

Seite 1

Ernst Haar MdB zur  
Notwendigkeit, den  
Kohlendioxid-Ausschuß  
zu halbieren: Nur Ver-  
kehrswende kann den  
Wald retten.

Seite 6

45. Jahrgang / 221

19. November 1990

### Frauenforschung ohne Konzept (Teil I)

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD  
"Stand und Perspektiven der Frauenforschung"

Von Edelgard Bulmahn MdB  
Mitglied im Ausschuß für Forschung und Technikfolgenabschät-  
zung des Deutschen Bundestages

Die Frauenforschung leistet mit der Untersuchung der sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage von Frauen, der Aufdeckung von Ursachen und Mechanismen der strukturellen Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen sowie der Entwicklung von Lösungsvorschlägen und Modellen einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung von Chancengleichheit und zur Durchsetzung des Grundrechts auf gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben. Frauenforschung ist aber weit mehr als die gezielte Untersuchung von Frauenfragen. Frauenforschung erschließt neue Themen, Problemstellungen, Perspektiven und Herangehensweisen in Wissenschaft, Forschung und Lehre. Sie liefert wichtige Impulse für die Überprüfung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Theorien und Methoden. Sie fördert damit den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß und verleiht Wissenschaft und Forschung mehr Substanz. Die Förderung und Absicherung der Frauenforschung trägt schließlich zur Verbesserung der Berufsaussichten von Wissenschaftlerinnen und zu einer dem Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes entsprechenden Beteiligung von Frauen am Wissenschaftsbetrieb bei.

#### **Statt konsequenter Förderung - kümmerliche Haushaltsreste**

Ogleich die Bedeutung der Frauenforschung auch von der Bundesregierung anerkannt wird, hat sie für die Frauenforschung nur gute Worte übrig. Geld allerdings so gut wie gar nicht. Seit 1983 will die Bundesregierung die Frauenforschung mit insgesamt mehr als 100 Mio. DM gefördert haben. Was sich zunächst ganz imposant anhört, ist bei genauerer Betrachtung geradezu niederschmetternd. Verglichen mit den Gesamtausgaben des Bundes für die programmgebundene Forschung seit 1983 in Höhe von 8,5 Mrd DM, entfielen auf die Frauenforschung ganze 0,12% der Forschungsmittel des Bundes. Mit anderen Worten pro 100 DM an Forschungsgeldern wendet die Bundesregierung ganze 12 Pfennig für die Frauenforschung auf. Dies sind allenfalls noch kümmerliche Reste, lausige Almosen. Hier von besonderer Förderung, von einem integralen Bestandteil der Forschungsaktivitäten zu sprechen, ist schlichtweg absurd.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verdienter Umgang  
mit erneuerbaren Ressourcen  
Recycling-Papier



Die angeführte Summe von über 100 Mio. DM für die Frauenforschung dürfte zudem deutlich überhöht sein. Jedenfalls ist nicht nachvollziehbar, wie die Bundesregierung den Betrag ermittelt hat. Sie selbst muß in ihrer Antwort eingestehen, daß sie über "keine Gesamtübersicht über die Ausgaben des Bundesressorts für Frauenforschung und frauenrelevante Forschung" verfügt. Längst nicht alles, was die Bundesregierung großzügig der Frauenforschung zugeschlagen hat, läßt sich der Frauenforschung, ja nicht einmal dem Forschungsbereich zuordnen. Modellprogramme und Modellprojekte wie "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" oder "ambulante Dienste für Pflegebedürftige" sind zwar wichtig, Forschungsmittel sind jedoch nur die Mittel für die Begleitforschung, nicht jedoch die Aufwendungen für die Projekte selbst. Zu fragen bleibt auch, weshalb Projekte oder Vorhaben wie "Darstellung und Bewertung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum", "Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft" oder "Berufliche Qualifizierung für längerfristig arbeitslose Erwachsene in Metalberufen" der Frauenforschung zugeordnet wurden. Dies läßt sich auch nicht durch die von der Bundesregierung konstruierte Eselsbrücke, daß "Frauenforschung auch frauenrelevante Forschung umfaßt, d. h. Forschungsvorhaben, die neben anderen Gesichtspunkten auch frauenspezifische Aspekte enthalten," rechtfertigen. Dann könnte die Bundesregierung gleich die gesamte gesellschaftswissenschaftliche, wenn nicht gar die gesamte Frauenforschung zerschlagen.

#### **Ressortforschung - Frauenforschung im Abseits**

Von 53 Ressortforschungseinrichtungen des Bundes haben nach Angaben der Bundesregierung ganze sechs - also 11,3% - "frauenrelevante Untersuchungen durchgeführt". Regelmäßig befassen sich mit dieser Thematik allein das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Bundesinstitut für Berufsbildung, die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und das Bundesinstitut für Sportforschung. Frauenforschung betreiben die Ressortforschungseinrichtungen mithin nur dann, wenn sich dies nicht umgehen läßt, wenn geschlechtsspezifische Fragestellungen und Untersuchungen unausweichlich sind. Und selbst dann sind Frauen allenfalls eine Restgröße. Ausdruck besonderer Frauenfreundlichkeit ist es wohl kaum, wenn das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in den vergangenen fünf Jahren "von 9,6 Mio. DM über 1,1 Mio. DM an Forschungsgelder dazu verwandt hat, spezifische frauensportrelevante Fragen zu untersuchen", denn dies heißt nichts anderes, als daß 88,5% der Mittel männerrelevant verwandt wurden. Das Gleichberechtigungsgesetz des Grundgesetzes, ein Fremdwort für die Ressortforschung der Bundesregierung.

#### **Frauenforschung - kein Thema für die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen**

Offensichtlich kein Thema ist die Frauenforschung auch in den gemeinsam von Bund und Ländern entsprechend der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28.11.1975 geförderten Forschungseinrichtungen, in den Großforschungseinrichtungen, den Forschungseinrichtungen der Blauen Liste, den Max-Planck-Instituten und den Instituten der Fraunhofergesellschaft. Frauenforschungsprojekte finden sich nach den Angaben der Bundesregierung nur in fünf von insgesamt rund 160 Forschungseinrichtungen, in vier erziehungswissenschaftlichen Instituten und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Eigenständige Frauenforschungsschwerpunkte oder spezifische Fördervorhaben zur Integration der Frauenforschung finden sich in keiner einzigen dieser Forschungseinrichtungen. Wenn überhaupt, dann wird Frauenforschung allenfalls sporadisch, keinesfalls aber systematisch betrieben. Diese Ignoranz gegenüber der Frauenforschung ist durch die weitgehend naturwissenschaftlich-technische Ausrichtung dieser Forschungseinrichtungen nicht zu entschuldigen. Diese Defizite werden auch nicht dadurch ausgeglichen, daß der Bund sich maßgeblich an dem von der niedersächsischen Landesregierung gegründeten Institut "Frau und Gesellschaft" (IFG) Hannover beteiligt und das weitgehend durch das BMJFFG geförderte Deutsche Jugendinstitut (DJI) München seit 1988 über eine Abteilung Frauen- und Mädchenforschung verfügt.

#### **Forschungsförderorganisationen - im Schneckentempo voran?**

"Keine der vom Bund geförderten Forschungsförderorganisationen verfügt derzeit über Frauenforschungsprogramme," weiß die Bundesregierung mitzuteilen. Die Volkswagenstiftung fördert nur wissenschaftliche Einrichtungen, nicht jedoch Einzelpersonen. Frauenforschungsprojekte finden sich

den Angaben der Bundesregierung zufolge unter den ausgesprochenen Bewilligungen nicht. Bei der DFG scheint sich allerdings ein Umdanken abzuzeichnen. Während der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft noch 1988 die Einrichtung eines Schwerpunktprogramms "Konfliktpotentiale und Veränderungschancen in den gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen" abgelehnt hatte, richtete er im April dieses Jahres eine Senatskommission für Frauenforschung ein. Sie soll "die Forschungsdefizite ermitteln, wichtige Forschungsaufgaben benennen und Vorschläge zur Verbesserung der Förderung von Frauenforschung vorlegen."

Wie dringend nötig dies ist, zeigt die Statistik der DFG. Von den seit 1985 in Angriff genommenen 82 Schwerpunktprogrammen und 100 Sonderforschungsbereichen ist kein einziges Vorhaben der Frauenforschung zuzurechnen. 1988 entfielen auf 14 631 bewilligte Anträge zur Forschungsförderung nur 42 - also ganze 0,29% - auf Anträge zur Frauenforschung. Allesamt waren dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften zuzuordnen. Leider vermochte die Bundesregierung keine Angaben über die Ablehnungsquote zu machen. Daß die geringe Zahl bewilligter Anträge im Bereich der Frauenforschung nicht auf eine unzureichende Anzahl von Anträgen zurückzuführen sein dürften, machen die Erfahrungen des Förderprogramms Frauenforschung des Berliner Senats deutlich. Innerhalb eines Jahres wurden allein in Berlin 376 Anträge mit einem Gesamtantragsvolumen von rund 24,5 Mio. DM gestellt.

#### **Förderprogramme der Bundesländer - Frauenforschung wird hoffähig**

Fortschritte sind in einzelnen Bundesländern im Hinblick auf die Förderung und Absicherung der Frauenforschung deutliche Fortschritte zu verzeichnen, wenn auch die Strukturierung einzelner Programme und die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel teilweise noch unbefriedigend ist. Mittlerweile verfügen drei der alten Bundesländer, Baden-Württemberg, Berlin und Hessen, über gesonderte Förderprogramme zur Frauenforschung. Das Saarland und Schleswig-Holstein haben zwar keine entsprechenden Förderprogramme eingerichtet, sie stellen in ihre Haushalte jedoch Mittel ein, die ausschließlich für Zwecke der Frauenforschung reserviert sind. Niedersachsen trägt mit jährlich einer Million Mark zur institutionellen Förderung des landeseigenen Instituts "Frau und Gesellschaft" bei, verfügt darüberhinaus aber über kein gesondertes Programm. Die diesjährigen Haushaltsansätze dieser Länder liegen bei 50 000 DM im Saarland, 200 000 DM in Schleswig-Holstein, 450 000 DM in Hessen, 500 000 in Baden-Württemberg und 3 Mio. DM in Berlin. Berlin verfügt nicht nur über den höchsten Mittelansatz, es hat zugleich auch das ambitionierteste Förderprogramm aufgelegt. Mit seiner breiten Anlage und dem Bemühen, den strukturellen Gegenheiten in der Frauenforschung Rechnung zu tragen, kommt ihm in gewisser Weise eine Modellfunktion für das Bundesgebiet zu.

#### **Frauenforschung an den Hochschulen - wenige Oasen und große Wüsten**

"Die Hochschulen sollten öffentliche Verantwortung für die Einlösung des Gleichberechtigungsgrundsatzes auch durch Forschung übernehmen. Dazu gehört die Institutionalisierung von Frauenforschung." Dies ist in der Entschließung des 161. WRK-Plenums "Zur Förderung von Frauen in den Hochschulen vom 25. Juni 1990 nachzulesen. Die Wirklichkeit sieht noch immer deutlich anders aus. Die Institutionalisierung der Frauenforschung an den Hochschulen ist eher die Ausnahme denn die Regel. Sie bleibt auf einige wenige, isolierte Ansätze beschränkt. Nur an 11 der 191 westdeutschen Hochschulen, also an ganzen 5,8%, gibt es zentrale, interdisziplinäre Frauenforschungsstellen oder wissenschaftliche Einrichtungen für Frauenforschung, sieht man einmal von dem Sonderfall Hamburg ab. Hier besteht eine hochschulübergreifende "Gemeinsame Kommission Frauenforschung" mit einer Koordinationsstelle "Frauenstudium / Frauenforschung". Die Erfahrungen mit diesen interdisziplinären Einrichtungen sind durchweg positiv. Sie haben wesentlich zur Stärkung der Frauenforschung innerhalb der jeweiligen Universitäten beigetragen.

Ausschließlich im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sind die wenigen Lehrstühle für Frauenforschung verankert. Für die Naturwissenschaften, die Medizin, die Agrar- und Ingenieurwissenschaften bleibt Frauenforschung ein Fremdwort. Blinde Flecken zeigen sich aber nicht nur im Fächerkanon der Hochschulen, sondern auch auf der Landkarte. Die Hochschulen südlich der Mainlinie sind noch immer "frauenforschungsfrei". Hier muß Mann weder befürchten, mit einer Lehrstuhlinhaberin für Frauenforschung noch mit einer Interdisziplinären Einrichtung für Frauenforschung

konfrontiert zu werden. Doch auch in den restlichen Teilen der Republik finden sich allenfalls einzelne Oasen universitärer Frauenforschung denn eine dichte Frauenforschungslandschaft. Von den derzeit insgesamt 28 Lehrstühlen für Frauenforschung - drei weitere sollen demnächst besetzt werden - entfallen allein 7 auf die FU Berlin und 17 auf nordrhein-westfälische Hochschulen. Bei rund 30 140 Lehrstühlen an den westdeutschen Hochschulen bedeutet dies, daß auf die Frauenforschung gerade 0,1% aller Lehrstühle entfallen.

"Insgesamt lebt die fächer- und hochschulübergreifende Koordination der Frauenforschung immer noch meist vom Engagement und mehr oder weniger zufälligen Kontakten einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Institutionalisierung der Frauenforschung ist bislang noch überwiegend auf vereinzelte, häufig isolierte Ansätze beschränkt." Diese von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung getroffene Feststellung hat nichts an Gültigkeit verloren. Frauenforschung ist an den Hochschulen noch immer eine Angelegenheit des akademischen Mittelbaus und der Studierenden.

#### **Außeruniversitäre Frauenforschungseinrichtungen - große Leistungen, miserable finanzielle Ausstattung**

Frauenforschung wird in der Bundesrepublik zu einem erheblichen Teil außerhalb der etablierten Forschungsinstitutionen, in den in engem Zusammenhang mit der Frauenbewegung entstandenen, autonomen Frauenforschungseinrichtungen betrieben. Obgleich es der Bundesregierung nicht gelungen ist, diese Einrichtungen vollständig zu erfassen, konnte sie immerhin nähere Angaben zu 15 Einrichtungen machen. Die Antwort der Bundesregierung unterstreicht das beachtliche Potential dieser Forschungseinrichtungen. Sie haben sich in den vergangenen Jahren zu umfassenden, meist mehrere Funktionen wie die Forschungs-, Bildungs-, Dokumentations- und Beratungsarbeit zusammenführenden Einrichtungen entwickelt und wesentliche Anstöße und Beiträge für die Entwicklung der Frauenforschung in der Bundesrepublik gegeben. Sie sind zu unverzichtbaren Einrichtungen der Frauenforschung geworden. Mit dem Aufbau von immerhin bis zu 13 000 Bänden umfassenden Bibliotheken, der Erschließung und Dokumentation von Zeitungsausschnitten oder Urkunden und der Beratung und Anleitung von wissenschaftlich tätigen Frauen haben sie zugleich Aufgaben der öffentlichen Beratungs- und Forschungsinfrastruktur übernommen. Trotz dieser beachtlichen Leistungen verfügen diese Forschungseinrichtungen über keinerlei institutionelle Förderung. Nennenswerte öffentliche Zuwendungen erhalten sie allein in Berlin und in Hessen. Im übrigen finanzieren sie sich ausschließlich aus Projektmitteln, aus zweckgebundenen Zuwendungen für Mieten oder den Ankauf von Büchern oder Zeitschriften, aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden oder Honoraren. Die Mitarbeit erfolgt dementsprechend größtenteils ehrenamtlich. z. T. übernimmt auch die Bundesanstalt für Arbeit mit der Gewährung von ABM-Mitteln die Aufgabe der Wissenschaftsförderung.

#### **Frauenforschung - ausgeliefert der Definitionsmacht der Männer**

Von der Entwicklung von Forschungsprogrammen und der Entscheidung über die Förderung einzelner Projekte und Vorhaben bleiben Frauen weitgehend ausgeschlossen. Unter den rund 250 Mitgliedern der verschiedenen Beratungsgremien des Bundesministeriums für Forschung und Technologie befinden sich ganze drei Frauen. Die Gutachterausschüsse bei den Projektträgern, die Vorstände und Geschäftsführungen der Großforschungseinrichtungen und die Leitungsgremien der Fraunhofer-Gesellschaft sind ganz zur frauenfreien Zone erklärt worden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft wählte in diesem Jahr erstmals eine Vizepräsidentin ins Präsidium und zeigte sich so großzügig zum ersten Mal einer Frau auf einer Festveranstaltung der DFG den Festvortrag halten zu lassen. Im Hauptausschuß der DFG, der über die an die DFG gerichteten Anträge auf Förderung von Projekten entscheidet, sind die Männer wieder unter sich. Auch in den übrigen Ausschüssen der DFG, muß man Frauen schon mit der Lupe suchen. Unter den 459 Mitgliedern finden sich 12 Frauen in 7 der insgesamt 36 Fachausschüsse. Der Bewilligungsausschuß der Sonderforschungsbereiche besteht wiederum ausschließlich aus Männern. Im Auswahl Ausschuß für das Heisenberg-Programm befinden sich unter 43 Männern zwei Frauen und im Nominierungsausschuß für das Leibniz-Programm steht eine Frau sechzehn Männern gegenüber. Ähnliches dürfte für die verschiedenen Hochschulgremien gelten, in denen über Berufungen, den Haushalt, Forschungsschwerpunkte oder die Anwerbung von

Drittmitteln entschieden wird. Zwar sind mittlerweile rund 40% der Studierenden Frauen, auf 95 Professoren kommen jedoch nur 5 Professorinnen und auf 189 Rektoren nur zwei Rektorinnen.

Bei dieser Form von Gleichberechtigung fällt es dann auch nicht allzu schwer zu begreifen, warum Frauenforschung für die etablierten Wissenschaftseinrichtungen so gut wie kein Thema ist und warum ihr die durchgängige wissenschaftliche Anerkennung versagt geblieben ist. Wollen Frauen neue Forschungsinhalte und -methoden untersuchen bzw. anwenden, so scheitern sie an der Definitionsmacht der von Männern dominierten Gremien, die die Vorhaben als nicht bedeutsam oder als unwissenschaftlich abtun. Dies gilt insbesondere dann, wenn herkömmliche wissenschaftliche Erklärungsansätze und Theorien im Hinblick auf ihre immanenten sexistischen Vorurteilsstrukturen durchleuchtet werden, wenn die Arbeits- und Erfahrungswelten von Frauen in die Frage- und Themenstellungen einfließen und wenn die Berücksichtigung des Geschlechts als grundlegender Kategorie zur Analyse sozialer Strukturen und Prozesse eingefordert wird. Trotz erheblicher methodischer und konzeptioneller Fortschritte gilt die Frauenforschung vielen noch immer als unwissenschaftlich, tendenziös und unseriös. WissenschaftlerInnen, die Frauenforschung betreiben, sehen sich einem besonderen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt und müssen mit erheblichen Schwierigkeiten bei Stellenbewerbungen im öffentlichen Wissenschaftsbetrieb rechnen, wenn ihnen der Zugang zu einer wissenschaftlichen Berufslaufbahn nicht gar ganz versperrt wird.

Verbal macht sich die Bundesregierung stark für die Frauenforschung. Sie bescheinigt ihr wachsende Bedeutung für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Sie betrachtet die Frauenforschung als notwendige Ergänzung und Korrektur der verschiedenen Disziplinen. Sie muß zugleich einräumen, daß der Frauenforschung vielfach nicht die ihr gebührende Beachtung findet, und "daß die Einbeziehung von Frauen und von frauenspezifischen Anliegen in Wissenschaft und Kunst verstärkt werden muß." Gleichwohl sieht die Bundesregierung keinerlei Anlaß, eigene Initiativen zugunsten der Frauenforschung zu starten. Auf alle konkreten Fragen, wie die Bundesregierung die Frauenforschung in Zukunft stärken wolle, gab sie nur weitschweifige Bemerkungen und nichtssagende Allgemeinplätze. Stattdessen verweist sie pauschal auf die Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), für deren Umsetzung sie sich einsetzen werde.

#### **Bundesregierung - Inkompetent, Initiativ- und konzeptionslos**

Bisher hat die Bundesregierung zur Umsetzung dieser Empfehlungen allerdings keinen Beitrag geleistet. Und daran wird sich, legt man die Antwort auf die Große Anfrage zugrunde, auch künftig nichts ändern. Empfiehlt die BLK "die Unterstützung der vielfältigen bestehenden Ansätze und Einrichtungen außerhalb der Hochschulen, so fühlt die Bundesregierung sich von dieser Empfehlung augenscheinlich nicht angesprochen. Sie unterstütze bereits das Institut "Frau und Gesellschaft" in Hannover, "eine institutionelle Stärkung weiterer außeruniversitärer Frauenforschungseinrichtungen sollte über Länder, Kommunen oder Stiftungen erfolgen." Peinlich nur, daß die BLK Handlungsbedarf im Hinblick auf eine Grundfinanzierung gar nicht bei dem von der niedersächsischen Landesregierung gegründeten Institut sah, sondern bei den in engen Zusammenhang mit der Frauenbewegung entstandenen Instituten sah. Von einer Förderung dieser Einrichtungen will die Bundesregierung jedoch nichts wissen, weil sie ihr nicht ins politische Konzept passen.

Spricht sich die BLK für die Bildung "interdisziplinärer Schwerpunkte und Abteilungen zur Frauenforschung" an den gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Forschungseinrichtungen aus, so kann die Bundesregierung keinen einzigen Vorstoß benennen, wie sie diese Empfehlung umsetzen will. Schlägt die BLK vor, "der DFG Sondermittel für die Förderung der Frauenforschung zur Verfügung zu stellen," wartet die Bundesregierung erst einmal ab. "Über die Bereitstellung von Sondermitteln wird zu gegebener Zeit befunden." Hält die BLK es für "dringend erforderlich, die die Forschungsarbeit massiv behindernden Engpässe bei der Forschungsinfrastruktur abzubauen," und "trotz der knappen Finanzen (...) entsprechende Literaturbestände aufzubauen," weist die Bundesregierung auf die "Fülle der bereits bestehenden Sammlungen in Archiven und Bibliotheken" hin und gibt zu bedenken, "ob nicht vielmehr ein nach den Erkenntnissen der Frauenforschung aufgestelltes Verweissystem zu bevorzugen wäre."

Die Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Frauenforschung, die völlige Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung in dieser Frage zeigt sich auch in anderen Punkten. "Für ein gesondertes Forschungs- und Förderprogramm zur Frauenforschung sieht die Bundesregierung derzeit keinen weiteren Bedarf." Die Gründung einer Stiftung Frauenforschung würde zwar von der Bundesregierung begrüßt, eine finanzielle Beteiligung kommt für sie allerdings nicht in Frage. Die Gründungsinitiative zur Errichtung eines Rates der Frauen in Wissenschaft, Technik und Kunst verfolgt sie zwar mit Interesse, für die Vorlage einer entsprechenden Gesetzesinitiative sieht sie jedoch keine Veranlassung. Die Vernetzung der Frauenforschungseinrichtungen ist für die Bundesregierung gleichfalls kein Thema. Auch hier heißt die Devise, erst einmal Zeit gewinnen und eine Vorstudie in Auftrag geben. Bei diesem Tatendrang der Bundesregierung in Sachen Frauenforschung wundert es denn auch nicht, daß sie sich seit nunmehr zwei Jahren vergeblich bemüht, eine Übersicht über die von 1985-88 durchgeführten Frauenforschungsvorhaben der Bundesregierung zu erstellen und rund elf Monate benötigte, um die von der SPD eingebrachte Große Anfrage zu "Stand und Perspektiven der Frauenforschung" zu beantworten.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-/19. November 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Nur Verkehrswende kann den Wald retten**

**Zur Notwendigkeit, den Kohlendioxid-Ausstoß zu halbieren**

**Von Ernst Haar MdB**

**Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages**

Deutschland muß den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid noch in diesem Jahrzehnt um die Hälfte verringern, um einen angemessenen Beitrag zur Abwehr der befürchteten Klimakatastrophe zu leisten. Schon in naher Zukunft muß mit schweren Folgen durch die weltweite Erwärmung des Klimas gerechnet werden: weiteres großräumiges Waldsterben, Verschiebung der Wüstenregionen, Beeinträchtigung der Wasserreserven und eine dramatische Zuspitzung der Welternährungssituation.

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind zu einem gemeinsamen Dialog aufgefordert, um auch unpopuläre Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen verantwortungsbewußt einzuleiten. Großteile des Hauptumweltverschmutzers Gütertransport müssen von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Nach Einführung des EG-Binnenmarktes ist eine Verdreifachung der Lkw-Schwemme zu befürchten.

Jetzt geht es darum, die umweltpolitisch gefährliche Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der Bahn zu beenden. Notwendig sind Anreize dafür, daß die Bundesbahn als Verkehrsträger mit der geringsten Umweltbelastung stärker nachgefragt wird. Eine erneute Subventionierung des Speditionsgewerbes ist der falsche Weg. Zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs gibt es positive Beispiele wie in Berlin und Karlsruhe. Mit preiswerten Umweltkarten für U- und S-Bahnen sowie gesonderten Busspuren kann dem Verkehrskollaps in den Innenstädten Einhalt geboten werden.

(-/19.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*